

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. jährlich Bestellschein, Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich der Verleger das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Die Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige. Die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachschlagsgebühren 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 284 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Montag, den 5. Dezember 1932

Drohende Klippen.

Acht Tage dauerten die Versuche, eine Regierung zu bilden, die im Reichstag entweder über eine Mehrheit oder doch wenigstens über eine starke Minderheit verfügen würde; als diese ersten acht Tage herum waren, mußte Hindenburg feststellen, daß er den Parteien gegenüber keinen Schritt in der gewünschten Richtung vorwärtsgekommen war. Und wenn die Gegensätze zwischen den Parteien schon an sich groß waren, so war das Endergebnis der ersten Krisenhälfte, daß sich diese Gegensätze noch mehr zugespitzt hatten. Am schärfsten kam dies in der abschließenden Erklärung des Führers der Nationalsozialisten zum Ausdruck, seine Partei werde kein Kabinett tolerieren oder gar unterstützen, in dem nicht Adolf Hitler selbst die Führung besäße. Hitler hat dies dem Reichswehrminister v. Schleicher ganz unzweideutig gesagt, und er hat es ostentativ vermieden, sich nach Berlin zu begeben und sich damit zu einer Stellungnahme zu dem vorausgesetzlichen Präsidialkabinett nötigen zu lassen, das die Idee des „politischen Waffensstillstandes“ herausgestellt hatte. Bekanntlich hat Hitler seine Ablehnung auch auf ein etwaiges Kabinett Schleicher ausdrücklich ausgedehnt.

Weitere acht Tage hat es gedauert, ehe nun diese Präsidialregierung zustande gekommen ist. Ob aber das ursprüngliche Ziel, das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag besser zu gestalten, nun von dem neuen Reichskanzler und seinem Kabinett eher erreicht werden kann, wird erst — im Reichstag selbst entschieden werden. Daß gegen Schleicher bereits bei Zusammentritt des Reichstages ein Mißtrauensantrag vorliegen wird, ist als ganz zweifellos anzunehmen, und damit rechnet der neue Reichskanzler gleichfalls. Ebenso dürfte er den Antrag auf Aufhebung der Papenschen Notverordnungen als sicher erwarten; derartige Anträge sind bereits von verschiedenen Seiten her angekündigt worden. Das sind also zwei überaus gefährliche Klippen für die beginnende Fahrt des Staateschiffes unter Schleichers Führung. Wäher ist es in der „Ära der Notverordnungen“, also seit zweieinhalb Jahren, ein einziges Mal passiert, daß ein Reichstag die Aufhebung von Notverordnungen beschlossen hat; das geschah am 18. Juli 1930, indem ein sozialdemokratischer Aufhebungsantrag mit einer Mehrheit von 15 Stimmen angenommen wurde. Allerdings hatte dies zunächst die rechtliche Auserkennung der Notverordnungen zur Folge, aber andererseits führte dieser Beschluß zur sofortigen Auflösung des Reichstages und acht Tage später wurden neue Notverordnungen erlassen, die die wesentlichen Teile der früheren wiederherstellten und diese außerdem noch erheblich erweiterten. Noch nicht ganz aus der Erinnerung verschwunden sein mag auch die seltsame Rolle, die am 12. September, in der zweiten, letzten und damit entscheidenden Sitzung des vorherigen Reichstages, auch wieder ein Antrag auf Aufhebung der Juni-Notverordnungen Papens gespielt hat. Damals kam es ja auch zu dem „Beschluß“, die Verordnungen aufzuheben, nur entbehrte er infolge vorhergehender Reichstagsauflösung noch jeglicher Rechtskraft. Jetzt aber handelt es sich vor allem um die Notverordnungen des 5. September und der folgenden Zeit, und gegen diese wollen die Nationalsozialisten ebenso angehen wie die Sozialdemokraten und die Kommunisten; auch im Zentrum fanden die sogenannten „sozial-“ oder „lohnpolitischen“ Teile der Notverordnung eine mitunter sehr scharfe Ablehnung.

Obwohl über die Verhandlung des fehligen Reichskanzlers mit den Paritätären und Gewerkschaftsvertretern nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, weiß man doch wohl, daß nun diese so heftig feilschten Teile der Notverordnungen Gegenstand jener Verhandlungen gewesen sind. Nur ein mit allen Wassern gewaschener Prophet könnte aber sagen, ob dabei Ergebnisse herausgekommen sind, die den Gang der Dinge im Reichstag wesentlich beeinflussen werden. Wie denn überhaupt die ganze Krise nicht gelöst, vorläufig auch nicht einmal äußerlich beendet zu sein scheint!

Die Eisenbahnabfindung für Sachsen.

Berliner Regierungskrise verzögert die Erledigung. Der bahrische Streit um die Eisenbahnabfindung und die dazu bekannt gewordenen Äußerungen des Staatsrats Schäffer, wonach die Reichsregierung eine Aufwertung der Eisenbahnabfindung abgelehnt habe, rücken auch die sächsischen Ansprüche auf die Auszahlung der Eisenbahnabfindung wieder in ein aktuelles Interesse. Bei den Dresdener Regierungsstellen liegt eine ähnliche Absage des Reiches noch nicht vor, wohl aber verlautet, daß die Reichsregierung infolge der Kabinettskrise beim Staatsgerichtshof eine Verlängerung der Frist für die Entgegung auf die sächsische Klage bis 5. Dezember erbeten hat. Die lange Dauer der Berliner Regierungskrise wird wohl aber zu einer weiteren Fristverlängerung führen. Die sächsische Klage lautet bekanntlich auf Zahlung von 22,3 Millionen Mark Zinsen aus der Eisenbahnforderung und wird von der sächsischen Regierung auch weiterhin nachdrücklich verfolgt werden.

Das neue Reichskabinett.

Die erste Kabinettsitzung.

Deutsche Abrüstungsnote.

Reichskanzler von Schleicher hat sich am Sonnabendmittag zum Reichspräsidenten begeben, um ihm seine Ministerräte zur Bewilligung vorzulegen. Anschließend daran fand die Sitzung des alten Kabinetts statt und darauf traten die Mitglieder der Regierung Schleicher zu einer ersten Besprechung zusammen.

Diese Besprechung galt im wesentlichen außenpolitischen Fragen und den Instruktionen, die Außenminister von Neurath, der sich am Montag wieder nach Genf begibt, dorthin mitnehmen soll.

Als Grundlage der kommenden Auseinandersetzungen über die Abrüstungsfrage hat Deutschland in den Hauptstädten der beteiligten Länder eine Note überreichen lassen, die den deutschen Standpunkt in der Frage der Gleichberechtigung und zu dem ganzen Abrüstungsproblem noch einmal entwickelt und eingehend begründet. Deutschland hat sich in dieser Note, so wird gemeldet, bereit erklärt, seinen Wehretat während der nächsten fünf Jahre nicht zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß im Rahmen des jetzigen Etats den deutschen Bedürfnissen für die Entwicklung seiner Heeresmacht Rechnung getragen wird. Am klar in Erscheinung treten zu lassen, daß Deutschland mit seinen Wünschen nicht auf eine Aufrüstung hinaus will, hat man also das Angebot gemacht, für die nächsten fünf Jahre keine finanzielle Mehraufwendungen für Rüstungen zu machen.

Eine der hauptsächlichsten Aufgaben des Kabinetts Schleicher wird die Frage der Arbeitsbeschaffung sein. In diesem Zweck ist der Präsident des Landgemeindetages, Dr. Gerete, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Hilfe ernannt worden. Er wird im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen in erster Linie die Frage der Arbeitsbeschaffung bearbeiten. Es wird wahrscheinlich durch die von Schleicher beabsichtigte Abänderung der Notverordnung des Reichspräsidenten ein Betrag von rund 700 Millionen Mark an Steuerentlastungen zur Verteilung an die öffentliche Hand frei werden. Innerhalb dieser Abgrenzung soll eine Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand versucht werden.

Freundliches Auslands Echo.

Das Kabinett Schleicher hat im Ausland eine freundliche Begrüßung gefunden. Die französische Presse betont die große diplomatische Geschicklichkeit des bisherigen Reichswehrministers und erwartet unter Umständen auch eine Besserung der französisch-deutschen Beziehungen. In der englischen Presse wird anerkannt, daß die Ernennung Schleichers nach Lage der Dinge die beste Lösung der deutschen Krise war. Die amerikanischen Zeitungen stehen der Ernennung Schleichers im allgemeinen freundlich gegenüber und betrachten ihn als den starken Mann. In Italien sieht man im Gegensatz hierzu in Schleicher vor allem diejenige Persönlichkeit, die durch ihr Verhandlungsgeschick und ihre persönliche Regierungsführung geeignet sei, die Lage in Deutschland zu entspannen und zu beruhigen.

Der Zusammentritt des neuen Reichstages.

Zur Reichstagsöffnung am Dienstag, der man allenthalben mit Spannung entgegenfieht — die Tribünenarten sind längst vergriffen —, werden die letzten Vorbereitungen getroffen. Im Sitzungssaal ist man damit beschäftigt, die Verteilung der Sitzplätze entsprechend der veränderten Zusammensetzung des Hauses neu zu regeln und die Namensblätter der Abgeordneten anzubringen. Von einer Entzerrung der jetzt überzähligen 24 Sitzplätze ist Abstand genommen worden.

Die Sitzung wird nach vorausgegangenen Fraktionsberatungen um 15 Uhr von dem nationalsozialistischen Abgeordneten General Vgmann als dem Alterspräsidenten mit einer Ansprache eröffnet werden. Es ist zu erwarten, daß die Kommunisten auch diesmal einen Vorstoß mit angeblich besonders dringlichen Anträgen unternehmen werden, obgleich ihnen ohne Zweifel bekannt ist, daß für die Erledigung solcher Anträge die Eröffnungssitzung keine geschäftsordnungsmäßige Handhabe bietet, es sei denn, daß kein einziger Abgeordneter widerspricht. Die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer soll nach den bisherigen Plänen am Mittwoch erfolgen. Es ist aber auch möglich, daß, wie bei der Eröffnung des vorigen Reichstages, diese Wahl bereits in der ersten Sitzung am Dienstag vorgenommen wird.

Der neue Reichsarbeitsminister.

Der neue Reichsarbeitsminister, Geheimrat Dr. Friedrich Syrup, wurde im Jahre 1881 in der Provinz Hannover geboren. 1903 bestand er das Examen als Diplomingenieur. Anschließend studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. Als preussischer Beamter war er in den Provinzen Hannover, Rheintand, Oberschlesien und

Pommern tätig. 1918 wurde er zum Vortragenden Rat im preussischen Handelsministerium ernannt. Bei Kriegsende wurde Syrup dem Demobilisationsministerium überwiesen. 1920 trat er in den Reichsdienst als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung über. Im Jahre 1927 wurde er zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt. Am 18. Juli dieses Jahres wurde Dr. Syrup Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Die amtliche Mitteilung über die Ernennung der Regierung von Schleicher.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsminister, General der Infanterie a. D. v. Schleicher zum Reichskanzler ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministers beauftragt. Reichskanzler von Schleicher ist gleichzeitig für die Geltungsdauer der Verordnung vom 20. Juli 1932 zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident

den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dr. Braht, zum Reichsminister des Innern, den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Geheimen Regierungsrat Dr. Syrup, zum Reichsarbeitsminister.

Ferner bestätigte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Freiherrn von Neurath in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen,

den Reichsminister Grafen von Schwerin-Krosigk als Reichsminister der Finanzen,

den Reichsminister Dr. Görtner als Reichsminister der Justiz,

den Reichsminister Freiherrn Eich von Rabe nach als Reichspost- und Reichsverkehrsminister,

den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Außerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gerete zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat neuer der Reichspräsident die Reichsminister Dr. Warmbold und Freiherr von Braun in ihren Ämtern als Reichswirtschaftsminister und als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt.

Hindenburgs Schreiben an Papen.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den scheidenden Reichskanzler von Papen nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Antrage um Entlassung aus den Ämtern des Reichskanzlers und des Reichskommissars für das Land Preußen habe ich durch die anliegende Urkunde entsprochen.

Schweren Herzens und nur veranlaßt durch Ihre persönlichen Vorstellungen lasse ich Sie in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe aus diesen Ämtern scheiden; mein Vertrauen und meine Achtung für Ihre Person und Ihre Wirken bleiben unvermindert. Während Ihrer leider nur einhalbjährigen Tätigkeit als Reichskanzler und als Reichskommissar für Preußen habe ich Ihre hingebende und verantwortungsvolle Arbeit, Ihre selbstlose Vaterlandsliebe und Ihre vornehmen Charaktereigenschaften hoch schätzen gelernt. Ich werde die Zeit der Zusammenarbeit mit Ihnen nie vergessen. Für alles, was Sie in diesen schweren Monaten für unser Vaterland getan haben, spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie eigenen Namens meinen tiefempfundenen Dank aus.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich Ihnen ergebener (gez.) von Hindenburg.“

Ebenso hat der Reichspräsident dem scheidenden Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gahl und dem Reichsarbeitsminister Schäffer in persönlichen Handschreiben seinen Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste zum Ausdruck gebracht.

Eine Rundgebung des scheidenden Kanzlers.

Der aus seinem Amte scheidende Reichskanzler von Papen erläßt folgende Rundgebung:

„In dem Augenblick, wo ich das Kanzleramt, in das mich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufen hat, an meinen Nachfolger abgebe, liegt es mir am Herzen, allen Freunden im Lande zu danken, die in den verfloffenen sechs Monaten die Arbeit der Reichsregierung um die Wiedergewinnung unserer inneren und äußeren Freiheit, um die Grundlegung eines neuen und besseren